



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

**Legislaturperiode:** VIII  
**Sitzung Nr.:** 28      **15. Dezember 2003**  
**Ort:** Kronenmattsaal  
**Dauer:** 19.00 bis 22.40 Uhr

---

**Leitung:** E. Rietmann

**Protokollführung:** B. Christen

**Anwesend:** 39 Mitglieder

**Abwesend:** C. Fries

**Protokollgenehmigung:** Das Protokoll der 27. Sitzung vom 17. November 2003 wird genehmigt.

Präsident:

für das Protokoll:

Eduard Rietmann

Petra Oppliger

**Mitteilungen des Präsidenten:**

- Bei der Volksabstimmung Ende November ist die Teilrevision der Gemeindeordnung klar angenommen worden. Weniger eindeutig wurde auch der Zusatzfrage betreffend Wahl der Schulräte zugestimmt. Ausserdem war der Vertrag betreffend Musikschule unbestritten.
- Am letzten Freitagabend fand im Kronenmattsaal die Weihnachtsfeier für die Verwaltungsangestellten statt, zu welcher er als Gast eingeladen war. Es war ein gelungenes Fest.
- Drei FDP-Mitglieder sind heute infolge ihres Rücktritts zu verabschieden:  
Hans Kopp ist seit 1988 mit einem Unterbruch von einem Jahr im Parlament. Er war vier Jahre Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungs- und drei Jahre lang in der Geschäftsprüfungskommission. Im vergangenen Jahr war er Mitglied der Spezialkommission "Verkehr". Werner Nüesch begann seine Ratstätigkeit im Juli 1992. Als Baufachmann war er immer in der Bau- und Planungskommission, zuerst als Mitglied, während einer Legislaturperiode als BPK-Präsident und seit Juli 2000 wieder als ordentliches Mitglied. Zudem wirkte er in der Spezialkommission "Baurechts-Reglement" mit.  
Michel Hopf wurde 1988 in den Einwohnerrat gewählt. Zuerst war er Mitglied der BPK, später wurde er Präsident der FRPK und wechselte dann in die GPK, bzw. der heutigen GRPK, von welcher er während Jahren bis heute Präsident war. Überdies engagierte er sich in unzähligen Spezialkommissionen. Sein juristisches Wissen floss in den diversen Reglementen ein. 1998/99 hatte er das höchste Amt, nämlich das Präsidium des Einwohnerrats inne. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass er von 1989 - 1999 Präsident der Vormundschaftsbehörde war. Niemand kann wirklich ermessen, wie viel Arbeit und zeitlicher Aufwand hinter all dem steckt. Das Abschiedsgeschenk hat deshalb rein symbolischen Charakter und soll dennoch den besten Dank ausdrücken.
- Ein weiterer Rücktritt steht an, nämlich jener des langjährigen Gemeindeverwalters Bruno Gehrig. Er tritt Ende Dezember in den Ruhestand. Vor mehr als 32 Jahren wurde er von der Gemeindeversammlung in sein Amt gewählt. Eine seiner ersten Tätigkeiten war die Organisation des Einwohnerrats. Inzwischen ist die zuständige Behörde der Gemeinderat. Deshalb wird die Exekutive ihn offiziell verabschieden. An dieser Stelle sei ihm für seine langjährige Tätigkeit vielmals gedankt und ihm und seiner Familie alles Gute für den Ruhestand gewünscht.

**Neue persönliche Vorstösse :**

Folgender Vorstoss ist eingereicht worden:

- Interpellation der SP-Fraktion vom 15.12.2003 betreffend Sanierung und Nutzung Liegenschaft Holeerain 42

Die Interpellation geht zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

**Traktandenliste:**

1. Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2003:  
**Ersatzwahlen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2004** 180
2. Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2003:  
**Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2004** 181
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.12.2003:  
**Gemeindebibliothek / Ludothek: Erhöhung des Gemeindebeitrags** 184
4. Interfraktionelles Postulat vom 22.9.2003:  
**Beibehaltung der Beiträge der Gemeinde an die Sekundarschule** 166
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2003:  
**Weiterführung der finanziellen Unterstützung für die Gesundheitsförderung auf der Sekundarstufe I** 166 A
6. Interpellation CVP-Fraktion vom 22.9.2003:  
**Beiträge der Gemeinde Binningen an die Durchführung von Schullagern** 165
7. Postulat JLB vom 26.8.2002:  
**Tiefere Unternehmensbesteuerung, Binningen in die kantonale Spitzengruppe** 111 A
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.10.2003 und Bericht der GRPK vom 3.12.2003:  
**Gemeindevoranschläge und Steuersätze 2004** 170
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.12.2003  
**Bau von zwei Kunstrasenfeldern (Spiegelfeld und Margarethen), Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 2'500'000.00** 183
10. Motion FDP-Fraktion vom 4.11.2003:  
**Schliessung des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher / Schaffung von Sportplätzen auf diesem Areal** 177 \*
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.12.2003  
**Totalrevision des Allmendreglements** 182 \*
12. Anfrage von T. Rehmann, SP-Fraktion vom 14.11.2003:  
**Erhalt der Blutbuche am Kronenplatz Binningen** 179
13. Bericht der GRPK vom 15.3.2003:  
**Wirtschaftsförderung in Binningen** 162 \*
14. Interpellation FDP-Fraktion vom 14.11.2003:  
**Buslinie 61 / Ruftaxi** 178 \*
15. **Diverses**

\* Aus Zeitgründen zurückgestellte Traktanden.

*Präsident E. Rietmann* beantragt, Traktandum 12, Erhalt der Blutbuche, welches im November zurückgestellt wurde, an dritter Stelle zu behandeln. Auch möchte er das Traktandum 9 betreffend Kunstrasenfelder vor der Budgetdebatte behandeln.

Dieses Begehren wird oppositionslos akzeptiert.

**Traktandum 1****Geschäft Nr.**

Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2003:

**Ersatzwahlen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2004** **180**

**FDP:** *M. Zimmermann* gibt bekannt, dass seine Fraktion Markus Metz als Präsident der GRPK vorschlägt, welcher seit 1996 im Einwohnerrat und seit 1999 Mitglied der GRPK ist. Als Ersatzmitglied beantragt er Markus Ziegler zu wählen. Ausserdem sollen Sabina Cron und Jeannette Koene Stellvertreterinnen werden.

**://:** Für die restliche Amtsperiode werden für die FDP-Fraktion in Stiller Wahl gewählt:  
**Markus Ziegler, Ersatzmitglied**  
**Markus Metz, Präsident**  
**Jeannette Koene und Sabina Cron, stellvertretende Kommissionsmitglieder**

**Traktandum 2****Geschäft Nr.**

Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2003:

**Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2004** **181**

**FDP:** *M. Zimmermann* nominiert als nachrückendes Mitglied Martin Bolleter sowie als Stellvertreter Markus Metz.

**://:** Für die restliche Amtsperiode werden für die FDP-Fraktion in Stiller Wahl gewählt:  
**Martin Bolleter, Ersatzmitglied**  
**Markus Metz, stellvertretendes Kommissionsmitglied**

**Traktandum 3****Geschäft Nr.**

Anfrage von T. Rehmann, SP-Fraktion vom 14.11.2003:

**Erhalt der Blutbuche am Kronenplatz Binningen****179**

**Stellungnahme des Gemeinderats:** R. Felber erklärt, dass der Kanton die Federführung beim Bau des Kreisels hat. Der Gemeinderat hat sich beim ersten Projekt sehr dafür eingesetzt, dass der Baum erhalten bleibt. Diesem Wunsch wurde Rechnung getragen; dies bedingt allerdings eine ovale Form. Aus Gründen der Verkehrssicherheit, insbesondere für Velofahrer/innen, hat das kantonale Amt jedoch ein zweites Projekt mit einem runden Kresel zur Ausführung vorgelegt. Das Argument der Sicherheit hat auch für den Gemeinderat oberste Priorität, vor allem in Anbetracht, dass der Kresel rund 30 bis 50 Jahre bestehen bleibt. Normalerweise nimmt die Zahl der Unfälle mit Kreselverkehr ab. In Bottmingen, wo im Zentrum ein ovaler "Kresel" gebaut wurde, sind die polizeilich registrierten Unfälle von 1,8 Unfällen pro Jahr auf 6,5 angestiegen.

Zu den gestellten Fragen ist folgendes festzuhalten: Der Gemeinderat hat sich für den Erhalt der Blutbuche stark gemacht. Aus Überlegungen der Verkehrssicherheit kann er jedoch die Verantwortung für eine ovale Verkehrsführung nicht übernehmen. Der gesamte Gemeinderat bedauert dies sehr, beugt sich aber dem einstimmigen Landratsbeschluss.

**Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.**

**Traktandum 4****Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.12.2003:

**Gemeindebibliothek / Ludothek: Erhöhung des Gemeindebeitrags****184**Eintreten:

**FDP:** D. Anliker hält fest, dass ihre Fraktion den Anträgen zustimmen wird. Insbesondere die Bibliothek ist in der Gemeinde gut verankert. Entstanden ist sie vor 24 Jahren auf Initiative von lesefreudigen jungen Frauen, welche den Verein gründeten. Die Arbeit wurde während vieler Jahre ehrenamtlich geleistet. 1991 erhielten sie erstmals einen äusserst bescheidenen Lohn von etwa zehn Franken, wobei immer noch und auch in Zukunft viele Stunden nicht in Rechnung gestellt werden. Vor drei Jahren wurde die Bibliothek auf EDV umgerüstet. Es können seither auch Tonträger und CD-Rom's bezogen werden. Dies war jedoch nur dank einer anonymen Spende von 15'000 Franken möglich. Die fachlichen Anforderungen an die Betreuer/innen steigen ständig. Die Mitgliederbeiträge sind 1998 letztmals moderat erhöht worden. Die Fraktion erwartet, dass diese im Gegenzug zur Erhöhung der Gemeindebeiträge ebenfalls angehoben werden. Weil diese Institution zunehmend Aufgaben für die Primarschul-Bibliothek übernimmt, wird mehr Raum benötigt. Auch mit der beantragten Erhöhung des Gemeindebeitrags für die Mitarbeitenden rangiert Binningen im Vergleich nur im Mittelfeld.

**SVP:** E. Kohl: Eine Entlöhnung von 12 Franken Stundenlohn für eine ausgewiesene Bibliothekarin entspricht nicht mehr heutigen Verhältnissen. Weil jedoch die Bibliothek auf der Basis eines Vereins geführt wird, wird mit dem zu sprechenden Gemeindebeitrag möglicherweise ein falsches Signal gesetzt. Die Fraktion ist enttäuscht, dass einmal mehr nicht über einen Leistungsauftrag verhandelt werden kann. Dennoch sollen nicht die Mitarbeitenden der Bibliothek bestraft und der Beitrag erhöht werden.

**SP:** *D. Gorba:* Die Aufstockung des Beitrags ist mehr als gerechtfertigt. Die schrittweise Erhöhung, wie sie der Gemeinderat vorschlägt, ist jedoch nicht sinnvoll. Die beiden Beträge sollen bereits ab 2004 auf CHF 135'800 für die Bibliothek und CHF 24'200 für die Ludothek festgesetzt werden.

**Grüne:** *K. Birkhäuser* erinnert an die beschämende Tatsache, dass die Parlamentsmehrheit bei der letzten Budgetdebatte eine Erhöhung ablehnte, so dass die Mitarbeitenden der Bibliothek ein weiteres Jahr zum absolut tiefsten Stundenlohn im Kanton von netto 11.40 Franken arbeiteten. Die beiden stark frequentierten Institutionen brauchen dringend mehr finanzielle Mittel, sonst droht die Schliessung. Er ruft deshalb den Rat auf, den Antrag der SP zu unterstützen. Binningen kann sich das wirklich leisten.

**CVP:** *J. Infanger* schliesst sich dem Votum der beiden Vorredner vollumfänglich an. Er möchte vom Gemeinderat Näheres erfahren betreffend neuer Räumlichkeiten auf dem Heyer-Areal bzw. der in der Vorlage erwähnten "günstigen Konditionen".

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Joset* erläutert, dass eine sorgfältige Abklärung vorgenommen worden ist mit dem Ziel, eine moderne Struktur zu erreichen. Trägerin wird weiterhin der Verein bleiben mit einem ehrenamtlich tätigen Vorstand. Wenn die Bibliothek und Ludothek zusammengeführt sein werden, wird es weniger Angestellte, dafür Personen mit etwas höheren Pensen brauchen. Diese Teilzeit-Angestellten sollen zu üblichen Konditionen entlohnt werden. Zudem können vermehrt Synergien genutzt werden.

*Gemeinderat R. Felber* geht auf die Frage von J. Infanger ein. Im Quartierplan Heyer-Areal sind benutzerfreundliche grössere Räumlichkeiten hinter dem Resch-Haus eingeplant, welche ausschliesslich der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen, und dies zu einem günstigen Preis. Die Gemeinde wird somit Stockwerkeigentümerin.

**SVP:** *U. Rediger:* Vor einem Jahr wurde die gleiche Debatte geführt. Die Fraktion hat klar einen Leistungsauftrag gefordert. Deshalb ist allein der Gemeinderat verantwortlich für die unbefriedigende Situation.

*Gemeinderat M. Joset* weist darauf hin, dass der Leistungsauftrag Schule, Bildung und Kultur vorbereitet ist. Es wäre jedoch nicht seriös, wenn heute ein Teilleistungsauftrag vorgelegt worden wäre. Inhaltlich enthält das Geschäft 184 die Eckdaten der Leistungsvereinbarung.

*Präsident E. Rietmann* stellt die Anträge der SP für einen Bibliotheksbeitrag ab 2004 für CHF 135'800.-- und einen Beitrag an die Ludothek von CHF 24'200.-- dem Antrag des Gemeinderats für CHF 105'800.-- bzw. für 18'100.-- gegenüber.

Mit 26 Ja, 11 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen.

**://:** Ins Budget 2004 wird ein Beitrag in der Höhe von CHF 135'800.00 an den Verein Gemeindebibliothek Binningen eingestellt.

Mit 23 Ja, 13 Nein bei 3 Enthaltungen wird beschlossen:

**://:** Ins Budget 2004 wird ein Beitrag in der Höhe von CHF 24'200.00 an den Verein Ludothek eingestellt.

Mit 33 Ja, 1 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

**://:** Der Neuregelung der Beitragsleistungen der Gemeinde Binningen an den Verein Gemeindebibliothek Binningen und an den Verein Ludothek Binningen wird zugestimmt.

**Traktandum 5**

Interfraktionelles Postulat vom 22.9.2003:

**Beibehaltung der Beiträge der Gemeinde an die Sekundarschule**

166

Eintreten:

**FDP:** *A. Mati:* Ihre Fraktion teilt die Auffassung des Gemeinderats. Gemäss neuem Bildungsgesetz sind im Bereich Schulsozialarbeit kantonale Vorgaben entscheidend. Auch ist diesbezüglich eine kantonale Fachstelle zuständig für Aufgaben und Qualitätssicherung. Es muss deshalb abgewartet werden, welches Konzept der Kanton vorlegt. Dies gilt auch für die Weiterführung der integrierten, stufenübergreifenden Gesundheitsförderung, die Schullagerbeiträge und die Renovation des Mühlematt-Schulhauses, insbesondere so lange die Strukturen der Sekundarschule von Binningen und Bottmingen noch nicht definitiv geklärt sind. Deshalb soll das Postulat abgeschrieben werden.

**SP:** *G. Köhler* beantragt seitens seiner Fraktion Überweisung des Vorstosses aber nicht Abschreibung. Er begründet diese Haltung damit, weil es noch zwei bis drei Jahre dauern wird, bis klar ist, für was genau der Kanton zuständig ist. Für die Renovation des Mühlematt-Schulhauses ist im Übrigen vom Rat bereits ein Kredit bewilligt worden.

**CVP:** *B. Bächtiger:* Die Beibehaltung der Beiträge der Gemeinde an Schullager und die Gesundheitsförderung sind der Fraktion ein grosses Anliegen. Gerade wegen der bestehenden Unsicherheiten bezüglich Kompetenzen und vor allem der Finanzen ist es positiv, dass der Gemeinderat bereit ist, im Notfall die nötigen finanziellen Mittel für Schullager bereit zu stellen. Die mittlerweile dringenden Unterhaltsarbeiten im Mühlematt-Schulhaus sind nicht länger aufzuschieben. Das Postulat soll an den Gemeinderat überwiesen werden.

**SVP:** *U. Rediger* ergänzt das vorgängige Votum mit der Feststellung, dass der Kanton sich offensichtlich nicht bewusst war, was er sich mit dem neuen Bildungsgesetz auflädt und heute mit den finanziellen Auswirkungen nicht klar kommt. Die Haltung des Gemeinderats wird unterstützt.

**Grüne:** *M. Schmidli* plädiert dafür, dass Schulsozialarbeit und Gesundheitsförderung im bisherigen Rahmen unbedingt gewährleistet bleiben. Es lohnt sich, in die Prävention zu investieren, um Folgekosten zu vermeiden. Deshalb soll im Mühlematt-Schulhaus eine 50 % Teilzeitstelle einer/eines Schulsozialarbeiterin /-arbeiters geschaffen werden. Der Vorstoss soll überwiesen aber nicht abgeschrieben werden.

**JLB:** *P. Treuthardt* ist skeptisch, was vom Kanton zu erwarten ist. Damit letztlich nicht die Schulkinder die Leidtragenden sind, soll das Postulat überwiesen aber nicht abgeschrieben werden.

**EVP:** *U. von Bidder* begrüsst es, dass der Gemeinderat bereit ist, die Schullager finanziell abzusichern. Was die Schulsozialarbeit betrifft, sollte die Gemeinde handeln; denn er befürchtet, dass es noch einige Zeit dauert, bis der Kanton ein Konzept vorlegt. Die Gesundheitsförderung ist ein stufenübergreifendes Projekt, welches unbedingt weiterzuführen ist. Die notwendige Renovation des Mühlematt-Schulhauses sollte ebenfalls angepackt werden. Deshalb Überweisung des Postulats ja, Abschreibung nein.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Joret:* Die Umsetzung des vielschichtigen neuen Bildungsgesetzes kann unmöglich vollumfänglich sofort geschehen. Während dieses Übergangsprozesses von voraussichtlich einem Jahr müssen die Gemeinden finanziell einspringen. Überdies wird kantonal auch auf den Bildungsbereich massiver Spardruck ausgeübt. Was die Schullager anbelangt überlässt es der Landrat der Erziehungsdirektion, ob sie dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt und dafür an anderer Stelle diese Summe einspart. Weil die Planung der Lager aber jetzt aktuell wird ist, ist der Gemeinderat bereit, den notwendigen Kredit zu gewährleisten.

*Gemeinderat J. Saxer* befasst sich als Mitglied der regierungsrätlichen Arbeitsgruppe mit der Abgeltung der ehemaligen Realschulhäuser bezüglich Unterhalt und Miete. Die Aufgabenstellung ist einerseits, eine Übergangslösung zu finden, andererseits muss die Miete pro Klasse erarbeitet werden. Der Antrag ist noch nicht ausformuliert. Voraussichtlich wird der Kanton den Gemeinden an

den Unterhalt Pauschalen ausrichten. Für Instandsetzungsarbeiten müssen die Gemeinden beim Kanton den notwendigen Kredit beantragen. Wird dieser bewilligt, erfolgt eine Gutschrift via Annuitäten. Er wehrt sich gegen die Behauptung, dass der Unterhalt im Mühlematt-Schulhaus vernachlässigt werde. Bezüglich Lagerbeiträge muss differenziert werden zwischen Sportlager, solche für Jugendorganisationen und Sommerlager im Wisli. Diese haben mit den zur Diskussion stehenden Sekundarschullager-Beiträgen nichts zu tun. Der Kanton richtet nach wie vor Beiträge an finanziell schlecht gestellte Familien aus.

*Gemeinderat M. Joset* äussert sich betreffend Schulsozialarbeit. Der kantonale Entscheid steht noch aus, ob der Beitrag für 2004 aufstockt wird oder nicht. Im Spiegelfeld-Schulhaus bewährt sich die dafür angestellte Person. Für die Primarschule im Mühlematt steht zwar die Beratungsstelle für Schulkinder, Eltern und Lehrpersonen zur Verfügung. Der Gemeinderat hofft jedoch, dass die beantragte 50 %-Stelle vom Kanton bewilligt wird.

*Präsident E. Rietmann* lässt bezüglich Überweisung und Abschreiben des Vorstosses separat abstimmen.

Einstimmig wird beschlossen:

**://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.**

Mit 19 Ja und 19 Nein (38 Anwesende) wird mit Stichentscheid des Präsidenten beschlossen:

**://: Das Postulat wird abgeschrieben.**

#### Traktandum 6

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2003:

**Weiterführung der finanziellen Unterstützung für die Gesundheitsförderung auf der Sekundarstufe I**

**166 A**

#### Eintreten:

**FDP:** *S. Cron* würde es als fatal erachten, wenn das Konzept zur Gesundheitsförderung an den Schulen nicht weitergeführt würde. Die Fraktion wird deshalb den Kredit für diese Präventionsmassnahmen auf der Sekundarstufe I bewilligen. Beim kantonalen Departement sollte Druck ausgeübt werden, damit die Forderungen des Bildungsgesetzes vollzogen werden.

**SVP:** *U. Rediger* bringt sein Missfallen darüber zum Ausdruck, dass der Kanton auch in dieser Hinsicht in Verzug ist mit der Umsetzung des neuen Gesetzes. In Anbetracht der Wichtigkeit der Gesundheitsvorsorge wird die Fraktion den Betrag genehmigen.

**Stellungnahme des Gemeinderats: ---**

Einstimmig wird beschlossen:

**://:** Für die Weiterführung der Gesundheitsförderung auf der Sekundarstufe I werden CHF 19'600.00 ins Budget 2004 aufgenommen.

**Traktandum 7**

**Geschäft Nr.**

Interpellation CVP-Fraktion vom 22.9.2003:

**Beiträge der Gemeinde Binningen an die Durchführung von Schullagern**

**165**

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Joset* weist darauf hin, dass er im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zu Geschäft 166 bereits geantwortet hat.

**Die Interpellanten erklären sich von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.**

**Traktandum 8**

**Geschäft Nr.**

Postulat JLB vom 26.8.2002:

**Tiefere Unternehmensbesteuerung, Binningen in die kantonale Spitzengruppe**

**111 A**

Eintreten: Keine Wortmeldungen

Mit 28 Ja bei 11 Enthaltungen wird beschlossen:

**://:** Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

**Traktandum 9**

**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.12.2003

**Bau von zwei Kunstrasenfeldern (Spiegelfeld und Margarethen), Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 2'500'000.00**

**183**

Eintreten:

**FDP:** *S. Cron* führt aus, dass es bei diesem Geschäft einesteiils um Jugendpolitik und anderenteils um Sportförderung geht. Die Fraktion ist bereit, den notwendigen Kredit zu bewilligen. Der Bedarf ist nachgewiesen. Beim FC Binningen trainieren 200 Junioren. Wegen der ungenügenden Trainingskapazitäten besteht eine Warteliste für etwa 40 Kinder. Weitere Jugendliche weichen auf Nachbargemeinden aus. Infolge des schlechten Zustands mussten Plätze beim Spiegelfeld diesen Herbst geschlossen bleiben. Mit der vorgeschlagenen Massnahme kann dieser Missstand deutlich gemindert werden. Kunstrasen bietet einen wesentlichen Vorteil, weil darauf ganzjährig gespielt werden kann. Fussball als Mannschaftssport wirkt ebenfalls präventiv und nebenbei werden ausländische

Kinder auf natürliche Weise integriert. Die Investition ist hoch, doch aufgrund der klaren Informationen in der Vorlage wird die Überweisung an die BPK als unnötig erachtet.

**SVP:** *E. Kohl* hält vorab fest, dass die Fraktion dem Geschäft positiv gegenüber steht und die Anträge direkt beschliessen will. Anlässlich einer Begehung hatten die Mitglieder des Einwohnerrats Gelegenheit, sich vom schlechten Zustand der Sportplätze nach dem trockenen Sommer zu überzeugen. Die Wahl der beiden Kunstrasenfelder ist aufgrund der vorhandenen Infrastruktur sinnvoll. Der Unterhalt von Kunstrasen ist weniger personalaufwändig. Deshalb interessiert es sie, ob sich dies auf den Stellenplan auswirken wird. Es ergeben sich weitere Fragen: Ist der Ersatz, welcher nach ca. 10 Jahren Gebrauch nötig wird, bereits in den Kosten eingerechnet? Und ist gewährleistet, dass auf dem Spiegelfeldareal auch in Zukunft sämtliche Sportarten ausgeführt werden können?

**SP:** *P. Fankhauser* erklärt, dass die Fraktion mehrheitlich den Anträgen folgen wird und ebenfalls keine Vorberatung in der Bau- und Planungskommission als nötig erachtet. Die SP hat bekanntlich bereits im September 2000 ein Postulat eingereicht, in welchem mehr Sportplätze gefordert werden. Die Erfahrungen mit Kunstrasen anderer Gemeinden überzeugen und die Statistik weist mit diesem Belag weniger schwere Unfälle aus. Abschliessend noch ein Wunsch: Die Sportanlage Margarethen sollte auch während der Ferien künftig zur freien Benützung offen stehen.

**EVP:** *U. von Bidder* gesteht, dass er eigentlich kein Freund von Kunstrasen ist. Trotzdem überzeugen ihn dessen Vorteile. Er möchte den Gemeinderat bitten, wirklich die beste und nicht die billigste Variante auszuführen.

**CVP:** *A. Achermann* plädiert für Überweisung an die BPK. Dadurch ergibt sich zeitlich kaum eine Verzögerung. Kunstrasen hat unbestrittene Vorteile, der Bedarf für mehr Sportplätze ist ausgewiesen. Kurzfristig ergeben sich auch Einsparungen, hingegen müssen längerfristig die hohen Folgeinvestitionen in Betracht gezogen werden. Bedenken hat er insbesondere wegen der Entsorgung. Nicht zuletzt bedeutet die intensivere Nutzung auch eine Mehrbelastung für die Anwohnerschaft. Die Anschaffung sollte vor allem in einem grösseren Gesamtkonzept stehen.

**Grüne:** *M. Schmidli*: Aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit zieht sie Naturrasen einem Kunstrasen vor. Massgebendes Kriterium sind jedoch die hohen Investitionskosten. Die Überweisung an die BPK wird als gerechtfertigt erachtet.

**JLB:** *P. Treuthardt* freut sich, dass sich mit diesem Projekt eine Verbesserung bezüglich Sportplätze realisieren lässt. Deshalb soll der relativ bescheidene Kredit direkt beschlossen werden.

**SP:** *T. Rehmann* ist es ein Anliegen, dass auf der Margarethenwiese alle Sportarten zugelassen sind und dieser Platz den Kindern weiterhin als Spielwiese zur Verfügung steht.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *R. Felber* antwortet auf die gestellten Fragen. Betreffend weniger Aufwand für den Unterhalt und Auswirkungen auf den Stellenplan wird bei einer nächsten Vakanz beim Werkhofpersonal eine entsprechende Reduktion vorzunehmen sein. Zur Amortisation ist festzuhalten, dass wenn nur die obere Schicht ersetzt werden muss, dies nach zehn Jahren etwa 40 - 50 Franken kosten dürfte. Die Kosten dürften aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs in der Branche eher sinken. Im Übrigen können alle Sportarten wie bisher beim Spiegelfeld ausgeübt werden, weil ja ein Feld mit Naturrasen bestehen bleibt. Die Margarethenwiese steht den Kindern auch weiterhin als Spielwiese zur Verfügung. Dies ist möglich, weil der Zugang zum Kunstrasenfeld auf befestigten Wegen erfolgt und daher eine Verschmutzung mit Erde vermieden wird. Der Gemeinderat hat alle Aspekte sorgfältig abgeklärt, die Beratung in der BPK wird s. E. nicht zu neuen Erkenntnissen führen. Nach Ablauf der Referendumsfrist wird die Auftragsplanung sofort an die Hand genommen, damit im Spätherbst nächstes Jahr die Arbeiten vorgenommen werden können und im Frühling 2005 die Plätze bereit stehen.

**SP:** *S. Zürcher* als auch *A. Achermann*, *CVP*, möchten erfahren, ob der Kunstrasen später als Sondermüll zu entsorgen sein wird.

*Gemeinderat R. Felber* erklärt, dass jeder Anbieter dieses Kunststoffes auch die fachgerechte Entsorgung gewährleisten muss.

Mit 14 Ja, 21 Nein, bei 4 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: Das Geschäft wird nicht an die Bau- und Planungskommission überwiesen.**

Mit 31 Ja bei 7 Enthaltungen (38 Anwesende) wird beschlossen:

**://: 9.1 Der Bau je eines Kunstrasenfeldes auf dem Sportplatz Spiegelfeld und auf der Margarethen-Spielwiese samt den notwendigen Nebenarbeiten wird beschlossen.**

Mit 31 Ja bei 8 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: 9.2 Die Investitionsausgabe von max. CHF 2'500'000.00 (Kostendach) zuzüglich teuerungsbedingter, in der Abrechnung nachzuweisender Mehrkosten, wird bewilligt.**

**9.3 Zu Lasten des Budgets 2004 (Konto 344.503.04) wird ein Teilbetrag von CHF 1'500'000.00 bewilligt. Der Restbetrag von CHF 1'000'000.00 wird in das Budget 2005 eingestellt.**

## Traktandum 10

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.10.2003 und Bericht der GRPK vom 3.12.2003:

170

### **Gemeindevoranschläge und Steuersätze 2004**

*GRPK-Präsident M. Hopf* bedauert, dass die Umsetzung der WOV auch mit diesem Budget noch nicht stattfindet. Es liegen keine Leistungsaufträge und Globalbudgets zur Beratung vor. Die GRPK stellt den Antrag, das gute, ausgeglichene Budget zu genehmigen. Lediglich für drei Investitionen sollen separate Vorlagen unterbreitet werden. Erwähnenswert ist, dass Binningen im Vergleich mit anderen Gemeinden in Baselland nach wie vor bezüglich aller Ausgaben pro Einwohner/in an der Spitze liegt.

#### Eintreten:

**FDP: M. Zimmermann:** Die Ausgaben werden auch im nächsten Jahr um rund 1,7 % ansteigen, und dies bei einem Nullwachstum der Wirtschaft und einer Teuerung von 0.5 %. Deshalb wirkt es befremdend, wenn im Binninger Anzeiger zu lesen steht, dass Binningen "sich zu Tode spart und Dienstleistungen gestrichen wurden". Dies entspricht nicht den Tatsachen. Aufgrund des Budgets kann ohne weiteres eine Steuersenkung von 2 % verkraftet werden. Dies wäre ein angenehmes Geschenk für die Bevölkerung im Jubiläumsjahr.

**SP: A. Erhardt** hebt hervor, dass sich die Fraktion nicht nur über die gute Finanzlage freut, sondern vor allem darüber, dass die Gemeinde keine Schulden hat. Dennoch beantragt er einen Steuersatz von 50 %. Dies mag vorsichtig sein, scheint aber im Moment angebracht, weil in verschiedenen Bereichen unklar ist, welche Kosten von Bund und Kanton an die Gemeinden übertragen werden. Zudem wird bezweifelt, ob die Gegenpartei bei Bedarf einer Erhöhung zustimmen würde.

**CVP:** *H. Senn* ist froh, dass es am Budget wenig zu bemängeln gibt. Eine Korrektur wurde heute Abend bereits vorgenommen mit der Erhöhung des Beitrags für Bibliothek und Ludothek. Was immer noch beschämend ist, sind die tiefen Abgaben an Basel-Stadt für Kultureinrichtungen. Zudem ist es gegenüber der Privatwirtschaft störend, dass die Verwaltungsangestellten nicht nur die Teuerung ausgeglichen erhalten, sondern von einer jährlichen Erhöhung aufgrund des Erfahrungsanteils profitieren. Wie bereits mehrfach kritisiert, stört sich die Fraktion daran, dass im November keine Auskunft über den Stand der Laufenden Rechnung erhältlich ist, wie es in jedem Unternehmen sonst üblich ist. Auch hat der Gemeinderat noch im vergangenen September versprochen, dass bis Ende Jahr die ersten Leistungsaufträge vorliegen werden. Zugesichert waren diese bereits für das Budget 2001! Aufgrund der rundum unproblematischen finanziellen Lage wird die Fraktion einer Steuersenkung um 2 % zustimmen. Die Fraktion will das Budget gemäss Antrag des Gemeinderats beschliessen. Separate Vorlagen bedeuten unnötigen Mehraufwand für die Verwaltung.

**Grüne:** *M. Schmidli* hält fest, dass Binningen bereits heute nebst vier anderen Gemeinden im Kanton einen tiefen Steuersatz hat. Es ist unwahrscheinlich, dass noch tiefere Steuern sehr viele neue Zuzüger/innen anlocken würden. In einem kürzlich veröffentlichten Vergleich, bei welchem kulturelle, ökologische und soziale Aspekte gewichtet wurden, rangierte unsere Gemeinde nur im Mittelfeld. Eine einprozentige Senkung der Steuern dürfte pro Einwohner/in im Durchschnitt gerade mal 100 Franken ausmachen. Es fragt sich, ob das Geld nicht besser in Projekte wie Schulsozialarbeit investiert würde. Ausserdem müsste der minimale Kulturbeitrag an Basel merklich erhöht werden. Wie bereits erwähnt wurde, lösen die Signale aus Liestal im Sekundarschulbereich und die neuesten Forderungen für weitere massive Einsparungen Skepsis aus, was auf die Gemeinde zukommen wird. Daher soll die Steuersenkung nur 1 % betragen.

**SVP:** *U. Rediger* verzichtet auf Wiederholungen. Er merkt lediglich zum Steuerfuss an, dass mit der Neuorganisation der Wasserkasse dem Steuerzahler 0,62 % übertragen und um diesen Betrag die Gemeindekasse entlastet wurde. Deshalb ist es nicht mehr als recht, dass der Steuersatz um 2 % gesenkt wird. Im Weiteren werden die Anträge der GRPK unterstützt.

**EVP:** *U. von Bidder* bittet den Gemeinderat dringend, die Leistungsaufträge nicht mehr länger aufzuschieben. Um einer Steuersenkung von 2 % zuzustimmen hat er nicht das nötige Vertrauen im Hinblick auf die Sparmassnahmen bei Bund und Kanton. Er bezweifelt, dass die bürgerliche Seite ebenso schnell bereit ist, die Steuern wieder anzuheben. Das primäre Ziel der Gemeinde sollte ohnehin nicht ein tiefer Steuersatz sein. Wichtiger ist es, das Dienstleistungsangebot auf dem jetzigen Niveau zu halten.

**Grüne:** *K. Birkhäuser* bemerkt, dass er persönlich überhaupt keine Steuersenkung befürwortet. Der Wohlstand der Gemeinde ist das Resultat von überaus kleinem Sparen in den vergangenen Jahren auf Kosten anderer, insbesondere der kulturellen Institutionen in Basel-Stadt.

**JLB:** *P. Treuthardt* hält fest, dass er der gemeinderätlichen Steuersenkung zustimmen wird. Wer kein Vertrauen in die bürgerlichen Ratsmitglieder hat, kann im Februar andere Volksvertreter/innen wählen.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *J. Saxer:* Ein Vergleich von Budget 2003 und 2004 ist auf Seite 4 aufgeführt. Der in der Vorlage genannte Aufwandüberschuss erhöht sich noch um die heute zusätzlich beschlossenen Beiträge, d. h. das Minus beträgt nun 226'100 Franken. Seit dem Budgetabschluss haben sich neue Fakten ergeben. Bei den Löhnen wurde eine Teuerung von 0,5 % eingerechnet. Nachdem der Landrat kürzlich beschlossen hat, diese nicht auszugleichen und die Gemeinde gleich zieht, ergibt sich eine Verbesserung um 100'000 Franken. Vorsichtig gerechnet sollten mindestens 340'000 Franken vom Kanton an Binningen zurückfliessen für die Schulhaus-Miete und -Unterhalt. Trotzdem dass gespart wurde, sind in den letzten Jahren keine Leistungen abgebaut worden. Der Gemeinderat kann guten Gewissens eine 2 %-ige Steuersenkung beantragen, nachdem die Rechnung für dieses Jahr mit rund 3 - 5 Mio. besser als budgetiert abschliessen wird. Die Selbstfinanzierung über acht Jahre wird trotzdem noch über 100 % betragen. Es wäre deshalb der Einwohnerschaft gegenüber nicht korrekt, Steuern auf Vorrat einzufordern. Was die Leistungsaufträge anbelangt, so ist darauf hinzuweisen, dass im Gegensatz zu Binningen andere Gemeinden diese durch externe Firmen erstellen liessen.

Als Antwort auf die Bemerkung von U. Rediger ist betreffend Wasserkasse festzuhalten, dass jede/r Hauseigentümer/in um 26 Rappen pro m<sup>3</sup> Wasser entlastet wird aufgrund des Vertrags mit den IWB.

*GRPK-Präsident M. Hopf* meint an die Adresse von U. von Bidder, dass die FDP z. B. 1996 die Steuern höher beantragte als der Gemeinderat.

*Präsident E. Rietmann* gibt bekannt, dass die SP-Fraktion einen kurzen Sitzungsunterbruch beantragt, um sich beraten zu können. Diesem Wunsch wird entsprochen.

**SP:** *S. Zürcher* findet es penibel, dass der Gemeinderat erst heute diese wichtigen Zahlen bekannt gibt. Daten, welche eine wesentlich andere Ausgangslage bedeuten. Er verlangt deshalb, dass nächstes Jahr die Abschlusszahlen spätestens zur Fraktionssitzung vor der Budgetberatung vorliegen. Die Fraktion hält unter den vorliegenden Umständen an ihrem Antrag auf eine Steuersenkung auf 50 % fest.

#### Detailberatung:

**SP:** *D. Gorba* stellt den Antrag, das Konto 210.30.309 um CHF 60'000 zu erhöhen für die Schulsozialarbeit im Mühlematt-Schulhaus.

**:::** **Mit 12 Ja, 22 Nein bei 5 Enthaltungen wird der Antrag Gorba abgelehnt.**

**SP:** *A. Erhardt* beantragt zu Konto 230.31.317 die Lagerbeiträge für die Sekundarschule auf CHF 55'000 zu erhöhen.

*Gemeinderat J. Saxer* entgegnet, dass zum Vergleich im Budget 2003 für Schullager real 12'000 Franken budgetiert waren und für Schullager der Sekundarstufe 26'500 Franken vorgesehen waren.

**SP:** *A. Braun* erläutert, dass diese Summe aufgrund des Budgets, welches die GRPK beraten hat, errechnet wurden.

*J. Saxer* antwortet, dass offenbar verschiedene Beträge vermischt werden. Schullager einerseits und Exkursionen/ Schulreisen andererseits sind auseinander zu halten.

**:::** **Mit 29 Ja, 6 Nein bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag Erhardt um Erhöhung von CHF 38'500 für Lagerbeiträge Sekundarschule zugestimmt.**

**FDP:** *M. Zimmermann* weist darauf hin, dass seine Fraktion dem Antrag zugestimmt hat, weil das Geld praktisch ohnehin schon ausgegeben ist. Im Budget 2005 ist zu berücksichtigen, dass Kantonsbeiträge zu erwarten sind und dass nicht das Giesskannenprinzip angewendet wird.

**SP:** *A. Erhardt* stellt einen weiteren Antrag zu Konto 242.31.314. Für baulichen Unterhalt sind zusätzlich CHF 54'000 aufzunehmen. Im Mühlematt-Schulhaus sind Wandtafeln zu ersetzen, Pausenplatzbelag sowie Bodenbeläge in Schulzimmern dringend zu ersetzen. Darauf hinzuweisen ist, dass die Räume auch von der Primarschule benützt werden.

*Gemeinderat J. Saxer:* Dem Umstand, dass je sieben Klassen Primar- bzw. Sekundarschule im Mühlematt sind, wurde Rechnung getragen. Der Betrag wird sich daher um den kantonalen Beitrag wesentlich erhöhen. Der Unterhalt wird nicht vernachlässigt. Welche Arbeiten ausgeführt werden, ist Sache der Gemeinde.

**:::** **Mit 14 Ja, 23 Nein bei 2 Enthaltungen wird der Antrag Erhardt für baulichen Unterhalt im Mühlematt-Schulhaus (CHF 54'000) abgelehnt.**

**SP: A. Erhardt:** Zum Konto 300.36.365, private kulturelle Institutionen, beantragt er, CHF 20'000 mehr zu budgetieren, d. h. insgesamt 70'000. Dies würde dem Beitrag von CH 5.-- pro Einwohner/in entsprechen, welchen die Gemeinden vereinbart haben. Es ist ein Schandfleck, wie knauserig sich Binningen verhält.

**EVP: U. von Bidder** präzisiert, dass eigentlich nicht von einer Erhöhung gesprochen werden kann, als vielmehr von einer Wiederherstellung des Zustands vor der Sparhysterie.

**::/:** Mit 21 Ja, 15 Nein bei 3 Enthaltungen wird der Antrag Erhardt, Erhöhung Kulturbeitrag- um CHF 20'000, gutgeheissen.

**SP: A. Braun:** Zum Konto 586.36.365 beantragt er, für Arbeitsintegrationsprogramme die für 2003 beschlossene Summe von 449'000 Franken beizubehalten, d. h. eine Erhöhung um CHF 50'000. Es ist wichtig, dass junge Leute von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können.

**::/:** Mit 14 Ja und 25 Nein wird der Antrag Braun abgelehnt.

*Gemeinderat J. Saxer* weist die Schelte der SP-Fraktion zurück. Die voraussichtlich sehr guten Abschlusszahlen der Rechnung für dieses Jahr sind erst seit Kurzem bekannt. Über diese Informationen verfügten die SP-Gemeinderäte jedoch ebenso.

Was seine Antwort an U. Rediger bezüglich Wasserkasse anbelangt, ist ein Missverständnis zu klären. Es trifft zu, dass die Einwohnerkasse um rund 350'000 Franken entlastet worden ist. Doch obwohl dieser Betrag nicht aufgewendet werden muss, bezahlt jeder Liegenschaftseigentümer 26 Rappen pro m<sup>3</sup> weniger.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

<b>::/:</b>	<b>10.1</b>	<b>Das Investitionsbudget 2004 wird mit Ausgaben von CHF 6'422'400.-- und Einnahmen von CHF 1'513'400.--, mit Nettoinvestitionen von CHF 4'909'000.-- genehmigt.</b>
-------------	-------------	--

Einstimmig bzw. mit grossem Mehr wird beschlossen:

<b>::/:</b>	<b>10.2</b>	<b>Aus dem Investitionsbudget werden gemäss Ziffer 7 folgende Investitionsausgaben direkt beschlossen:</b>	
	<b>Konto:</b>		<b>CHF</b>
	<b>320.50</b>	<b>GGA: Sachgüter</b>	<b>330'000.--</b>
	<b>620.564.01</b>	<b>Investitionsbeitrag Abwasserbeseitigung</b>	<b>128'400.--</b>
	<b>710.50</b>	<b>Abwasserentsorgung: Sachgüter</b>	<b>700'000.--</b>

Mit 20 Ja, 18 Nein bei 1 Enthaltung wird eine separate Vorlage verlangt.

<b>::/:</b>	<b>10.2.1</b>	<b>Kto. 620.501.01</b>	<b>Diverse Strassendeckbeläge</b>	<b>CHF</b>	<b>220'000.--</b>
-------------	---------------	------------------------	-----------------------------------	------------	-------------------

Mit 19 Ja, 18 Nein bei 2 Enthaltungen wird eine separate Vorlage verlangt.

<b>://:</b>	<b>10.2.2</b>	<b>Kto. 620.506.01</b>	<b>Werkhof-Fahrzeuge</b>	<b>CHF</b>	<b>204'000.--</b>
-------------	---------------	------------------------	--------------------------	------------	-------------------

Mit 17 Ja, 18 Nein bei 4 Enthaltungen wird keine separate Vorlage verlangt.

<b>://:</b>	<b>10.2.3</b>	<b>Kto. 620.501.02</b>	<b>Korrekturen</b>	<b>CHF</b>	<b>100'000.--</b>
-------------	---------------	------------------------	--------------------	------------	-------------------

Mit 35 Ja bei 4 Enthaltungen wird beschlossen:

<b>://:</b>	<b>10.3</b>	<b>Der Stellenetat für 2004 wird mit 11'190 Stellenprozenten genehmigt.</b>			
-------------	-------------	---	--	--	--

*Präsident E. Rietmann* erinnert daran, dass zur Änderung des Steuersatzes eine 2/3-Mehrheit notwendig ist. Er wird zuerst über den Antrag der SP-Fraktion abstimmen lassen, wonach die Gemeindesteuern nur um 1 % gesenkt werden sollen.

Mit 36 Ja, 1 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

<b>://:</b>	<b>10.4</b>	<b>Steuersätze</b>			
	<b>10.4.1</b>	<b>Gemeindesteuern</b>	<b>50 % Einkommens- und Vermögenssteuer gemäss § 19 Abs. 1 des kantonalen Steuer- und Finanzgesetzes</b>		

**://:** **Der Antrag des Gemeinderats bzw. der GRPK auf Senkung der Gemeindesteuern um 2 % auf 49 % wird mit 25 Ja, 12 Nein bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

**FDP:** *M. Zimmermann* stellt den Antrag, die Ertragssteuer auf 3 % zu senken. Nachdem der Gemeindesteuerfuss nur um 1 % gesenkt wird, soll wenigstens derjenige für Unternehmen gesenkt werden. Dies wäre ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung und in Anbetracht des voraussehbaren überaus guten Rechnungsabschlusses für das Jahr 2003 vertretbar.

**SP:** *G. Köhler* möchte wissen, welche Auswirkungen dies auf das Steuersubstrat hat.

*Gemeinderat J. Saxer* erläutert zunächst, dass sich durch die einprozentige Senkung der Gemeindesteuern im Budget ein Plus von CHF 750'000 ergibt. Wird die Ertragssteuer um 1 % gesenkt, ergibt sich ein Minderertrag von CHF 142'000.

**://:** **Der Antrag Zimmermann auf Senkung der Ertragssteuer um 1 % erhält mit 23 Ja, 8 Nein bei 8 Enthaltungen nicht das erforderliche qualifizierte Mehr.**

<b>://:</b>	<b>10.4.2</b>	<b>Ertragssteuer mit 4 % unverändert</b>			
-------------	---------------	--	--	--	--

**FDP: M. Zimmermann:** Mit dem gleichen Argument fordert er die Senkung der Kapitalsteuer auf 4 ‰.

**://:** Der Antrag Zimmermann auf Senkung der Kapitalsteuer auf 4 ‰ erhält mit 22 Ja, 12 Nein bei 5 Enthaltungen nicht das erforderliche qualifizierte Mehr.

**://:** 10.4.3 Kapitalsteuer mit 5 ‰ unverändert

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

**://:** 10.5 Feuerwehr-Ersatzabgabe: 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements

Mit 25 Ja, 7 Nein bei 7 Enthaltungen wird beschlossen.

**://:** 10.6 Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2004 wird mit Aufwendungen von CHF 56'978'800.-- und Erträgen von CHF 57'401'200.-- mit einem Ertragsüberschuss von CHF 422'400.-- genehmigt.

Die übrigen Geschäfte werden aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben:

**Traktandum 11**

**Diverses**

Keine Wortmeldungen.